

Antwort auf die Anfrage der AfD Ratsgruppe Bielefeld (7321/2020-2025) vom 09.01.2024 für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 23.01.2024

Thema:

Beratungsstrukturen im Bereich Genitalverstümmelung

Frage

Wie beurteilt die Verwaltung die aktuelle Qualität und die aktuelle Quantität der Beratungsstrukturen in diesem Bereich in Bielefeld – sind diese bedarfsdeckend?

Antwort:

Die Europäische Kommission schlägt eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vor, um geschlechtsspezifische Gewalt in der EU wirksam zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang sollen u.a. spezialisierte Hilfsdienste Opfern aller Formen von Gewalt (sexuelle Gewalt, Zwangsheirat, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation, Verstümmelung weiblicher Genitalien, sexuelle Belästigung und verschiedene Formen von Cybergewalt) Unterstützung bieten.

Die Beratungsstelle „pro familia – Ortsverband Bielefeld e.V.“ steht in der Stadt Bielefeld u.a. für das Thema weibliche Genitalbeschneidung („Female Genitale Mutilation – FGM“) zur Verfügung. „pro familia“ unterstützt betroffene Frauen, leistet Aufklärungsarbeit und führt frauenärztliche Begutachtungen durch. Dies ist ein wichtiger Ort zur Versorgung betroffener Frauen und Mädchen in unserer Stadt.

Betroffene Frauen können sich ebenfalls an den Frauennotruf Bielefeld e.V. - eine Beratungsstelle für Frauen, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind – wenden. Auch Gynäkolog*innen beraten und untersuchen Frauen und Mädchen.

Durch die beiden Beratungsstellen und die Unterstützung der Ärzt*innen ist der Bedarf im Bereich „Female Genitale Mutilation“ in der Stadt Bielefeld gedeckt.

Zusatzfrage:

Auf welche Weise werden Opfer von Genitalverstümmelung auf die gegebenen Beratungsstrukturen aufmerksam gemacht?

Antwort:

Im Jahr 2017 hat pro familia einen Runden Tisch zu weiblicher Genitalbeschneidung (FGM) gegründet. Ziel des Runden Tisches ist es, verschiedene Akteur*innen zu vernetzen. An dem

Runden Tisch nehmen neben der Beratungsstelle pro familia Bielefeld die Diakonie, der Frauennotruf, die Beratungsstelle Nadeshda, die Gleichstellungsbeauftragte sowie Arzt*innen teil. Ziel ist es dabei, an der Verhinderung von weiblicher Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen zu arbeiten, bereits betroffene Frauen zu unterstützen und zu informieren sowie die Öffentlichkeit aufzuklären.



Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter